Basel, den 10. Dezember 1938 XXXVIII. Jahrgang / No. 50

Schweiz. Konsum-Verein

Organ des Verbandes schweiz. Konsumvereine (V.S.K.) Basel

Erscheint wöchentlich 8-16 Seiten stark. Abonnementspreis: Fr. 10.— per Jahr, Fr. 5.50 per sechs Monate, ins Ausland unter Kreuzband Fr. 20.— per Jahr.



Redaktion: Dr. WALTER RUF
Verantwortlich für Druck u. Herausgabe: Verband schweiz. Konsumvereine (V·S·K) Basel, Tellstrasse 62/64.

Inhalt:

Eine britische Genossenschaftsenquete.

Von Prof. August Müller.

Die Deutung wirtschaftlicher und sozialer Problematik durch das Mittel der Enquete ist eine zuerst in Grossbritannien angewandte Methode. Die «Unruhe des Warumfragens», die ein deutscher Philosoph als die Ursache aller induktiven Forschungen bezeichnet hat, macht sich heute mit einer Intensität geltend, die der Fülle von neuen Problemen entspricht. Aus der Überzeugung, dass aller Reformtätigkeit die Feststellung dessen, was ist, vorausgehen müsse, erwuchs der Gedanke einer britischen Genossenschaftsenquete. Seit Anfang dieses Jahres liegt der Enquetebericht vor, für dessen Erstattung die Freunde und Träger der Konsumgenossenschaftsbewegung in aller Welt den Autoren des Berichtes und den Repräsentanten der Bewegung, die untersucht wurde, Dank schulden. Der Bericht ist ein überzeugendes Beispiel dafür, dass die alte britische Tradition freier Meinungsäusserung, auch wenn sie unbequeme Tatsachen betont, noch uneingeschränkte Geltung besitzt. Die Autoren des Berichtes förderten die Erkenntnis von Problemen der Verbrauchergenossenschaften, die auch für die nichtbritische Konsumgenossenschaftsbewegung bedeutsam sind.

Die Enquetemethode.

Das Bedürfnis nach einer Konsumgenossenschaftsenquete in Grossbritannien war vorwiegend praktischer Art. Die vorhandene Genossenschaftsliteratur blieb die Antwort auf immer mehr Fragen schuldig, die sich bei der Würdigung der Genossenschaften und der Werbung für sie in den Vordergrund drängten. Getragen wird die Untersuchung*) von Persönlichkeiten, deren Namen einen guten Klang haben: A. M. Carr-Saunders, P. Sargant Florence, Robert Peers, drei in England hochgeschätzte Wirtschaftssachverständige, denen als beratende Enquetemitglieder spezielle genossenschaftliche Sachverständige beigeordnet waren, nämlich Colin Clark, Margaret Cole, C. R. Fay, F. R. Harrod, John Hilton, J. Jewkes, H. A. Silverman, T. Searls, Leonard Woolf.

Die Untersuchungsmethoden entsprechen den heute in der Wissenschaft allgemein angewandten: Auswertung wichtiger schriftlicher Dokumente und Rechenschaftsberichte, Besichtigung, Sachverständigenvernehmungen und zum Schluss der gegenseitige Meinungsaustausch der für das Untersuchungsergebnis Verantwortlichen, der seinen Niederschlag im schriftlichen Bericht findet. Man gewinnt aus diesem den Eindruck, dass seine Autoren mit vorbehaltloser Objektivität und gründlicher Tatsachenkenntnis die Sympathien für den sozialen Gehalt der zu würdigenden Institution verbinden.

Die Einleitung umschreibt die Gebiete, die von den einzelnen Sachverständigen im speziellen bearbeitet worden sind. Für die Bewertung des Untersuchungsresultates ist der Anlass bedeutsam, aus dem sie entstand. Gelegentlich einer Zusammenkunft der «Gesellschaft von Lehrern und Erziehern für Erwachsene» wurde festgestellt, dass aus dem Schülerkreis heraus häufig das Genossenschaftswesen berührende Fragen gestellt wurden und dass die Lehrer auch von sich aus in ihren Vorlesungen und seminaristischen Übungen oft die Genossenschaften zu behandeln pflegten. Dabei machte sich das Fehlen von zuverlässigen Informationsquellen bemerkbar. Diesen Mangel suchte man durch Aussprachen zwischen Mitgliedern der erwähnten Gesellschaft und Repräsentanten der Konsumvereinsbewegung zu beheben. Dabei entstand der Plan zur Durchführung der Enquete. Die englische Grosseinkaufsgesellschaft versprach die Unterstützung einer umfassenden und unparteiischen Untersuchung, die schottische Grosseinkaufsgesellschaft und der Genossenschaftsverband (Co-operative Union) billigten diesen Vorschlag und stellten weitestgehende Mitwirkung in Aussicht. Als Mitwirkende wurden schliesslich noch die britischen Universitäten und die in England wirksamen Einrichtungen zur Erziehung Erwachsener gewonnen. Der Entschluss der verschiedenen genossenschaftlichen Institutionen, sich durch Vertreter an dieser Untersuchungskommission zu beteiligen, ist vermutlich durch einen Beschluss des Genossenschaftskongresses von 1931 beeinflusst worden, der bereits eine umfassende Genossenschaftsenquete verlangt hatte. Dass diese von unabhängigen, lediglich als wissenschaftliche Experten am Untersuchungsobjekt interessierten Persönlichkeiten durchgeführt wurde, erhöht zweifellos ihren Wert.

*) Ihr Titel lautet: Consumer's Co-operation in Great Britain. London, George Allen & Unwin Ltd., 1938.

Das politische Problem.

Untersuchungsobjekt ist nur die gegenwärtig in Grossbritannien wirksame Genossenschaft, d. h.: ihre heutigen Formen, Methoden und Ziele. Dem von 1874 bis 1895 amtierenden Präsidenten der englischen Grosseinkaufsgesellschaft Mitchell wird das grosse Verdienst zugeschrieben, die Prinzipien der Rochdaler Pioniere mit den sozialen Erfordernissen, die um die Jahrhundertwende Geltung erlangten, und der genossenschaftlichen Technik zu einem einheitlichen Gebilde verschmolzen zu haben. Der Genossenschaftsverband, die Co-operative Union, war 1869 entstanden. Vor ihm stand schon als dringende Aufgabe, die eine Lösung erforderte, das Problem, wie sich die organisierten Verbraucher zu den politischen Parteien stellen sollten: ein Problem, das eine vorläufige, aber nur unvollkommene und keineswegs alle Kreise der Genossenschaften befriedigende Lösung in der heute in England wirksamen Genossenschaftspartei gefunden hat, die durch 5 Mitglieder im Parlament vertreten ist und allem Anschein nach dort eine etwas unglückliche Rolle zu spielen genötigt ist. Noch 1913 entschieden sich die britischen Genossenschafter für politische Neutralität im striktesten Sinne dieses Wortes. Aber um die Worte des Berichtes anzuwenden, «unfaire Behandlung der Genossenschaftsbewegung während des Krieges» führte zu der engen Allianz mit der britischen Arbeiterpartei und schliesslich zu der erwähnten besonderen Genossenschaftspartei. Dieses auch heute noch als sehr problematisch empfundene Gebilde entstand aber nicht aus eingehender Erörterung und kühler Überlegung, sondern, wie die Autoren des hier besprochenen Berichtes urteilen, aus einer «Konfusion von Meinungen». Man argumentierte nämlich, dass das Genossenschaftswesen einer besonderen sozialen Theorie seine Existenz verdanke und für deren Verwirklichung einzutreten habe und deshalb eine ausreichende Grundlage für eine politische Partei darstelle, wobei natürlich die «Millionenschar der Genossenschaftsmitglieder» den Nährvater phantastischer Vorstellungen von den Wirkungsmöglichkeiten einer Genossenschaftspartei bildete. Weder im Parteiprogramm der Genossenschaftspartei, noch in späteren Publikationen findet man aber etwas von «ausgesprochenem reinem genossenschaftlichem Charakter». Die in dem vorliegenden Bericht vertretene Anschauung der britischen Genossenschafter geht davon aus, dass die Genossenschaft eine «Arbeiterklassenbewegung» darstellt, was u. a. mit der Tatsache begründet wird, dass die Genossenschaften für viele im Laufe des 19. Jahrhunderts verwirklichte soziale Einzelmassnahmen Pionierdienste geleistet haben. Auf der Gewerkschaftsseite scheint auch manchesmal aus Einzelvorgängen entstandene Konfliktstimmung das Gefühl für die Einheit der Interessen zu beeinträchtigen. Der Bericht betont: «wenig Unterschiede haben sie (die Gewerkschaften) bisher zwischen Genossenschaften und kapitalistischen Unternehmern gemacht. Streitigkeiten, die zu Arbeitseinstellungen führten, waren nicht selten.» Im Hintergrunde lauert das Problem der «Betriebskontrolle durch die Arbeiter». Die Genossenschaft ist aber auf dem gegenteiligen Prinzip aufgebaut, auf dem der «Kontrolle durch den Verbraucher».

Das sind einige Stichproben, aus dem ersten Kapitel des Enqueteberichtes, die für Stil und Methode der Wiedergabe der Untersuchungsergebnisse charakteristisch sind: präzise Darstellung, Tatsachen und Zahlen als Hauptargumente, Aussprechen auch unbequemer Wahrheiten.

Die britische Verbrauchergenossenschaftsbewegung repräsentiert zwar nicht relativ, gemessen an der Wirtschaftskapazität der gesamten Volkswirtschaft, aber absolut gesehen die stärkste Vertretung organisierter Verbraucher und Verbraucherinteressen. Alle Probleme, die aus einem solchen Zustande für die Organisation der Verbraucher entstehen können, sind denn auch in Grossbritannien vorhanden. Die britische Genossenschaftsgeschichte ist darum vom soziologischen Gesichtspunkte aus so anziehend, weil es in ihr nie an Projektemachern gefehlt hat. Von den Owenschen Experimenten bis zur heutigen Genossenschaftspartei, von den Chartisten bis zu den modernen Formen des politischen Radikalismus verläuft eine Entwicklungslinie, die durch die Versuche gekennzeichnet wird, die Genossenschaften als Mittel zur Verwirklichung allgemeiner politischer und sozialer Ziele zu verwenden, um nicht zu sagen: zu missbrauchen! Der Zusammenhang zwischen Genossenschaftsbewegung und allgemeiner sozialer Experimentierneigung entbehrt nicht der positiven Seiten; praktisch kann er natürlich die Genossenschaftstätigkeit wenigstens zeitweise benachteiligen. Im heutigen England vor sich gehende Bestrebungen, die den wirtschaftlichen Charakter der Genossenschaften durch eine Art von Genossenschaftsethik ergänzen wollen, durch die Erweiterung des Schauplatzes genossenschaftlicher Tätigkeit von der Politik und Weltanschauung her, werden im Bericht der Untersuchungskommission nicht erörtert. Es mag daher genügen, auf diese Begleiterscheinungen der genossenschaftlichen Entwicklung hinzuweisen; denn sie sind sehr bedeutsam für die britischen Konsumgenossenschaften in der Gegenwart und für ihre allgemeine Würdigung im Rahmen des politischen und sozialen Lebens in Grossbritannien.

Embarras des Richesses.

Der Aufbau der britischen Konsumgenossenschaftsorganisation ist bekannt. Ihre beiden bedeutsamsten zentralen Institute sind die englische und die schottische Grosseinkaufsgesellschaft, die ihrerseits wieder Verbindungen mit selbständigen Produktivgenossenschaften und landwirtschaftlichen Genossenschaften unterhalten. Von verschiedenen anderen Zentralorganisationen ist praktisch bedeutsam nur die Co-operative Union, der Genossenschaftsverband.

Ein eigenartiges genossenschaftliches Problem stellt der in Grossbritannien im wörtlichen Sinne vorhandene Embarras des Richesses dar. Nach dem britischen Genossenschaftsgesetz kann jedes Mitglied Genossenschaftsanteile bis zur Gesamthöhe von 200 Pfund erwerben. Viele Mitglieder machen von dieser Möglichkeit Gebrauch, weil sie die Konsumgenossenschaft zugleich als eine lokale Sparkasse betrachten. Und dadurch entsteht eine Kapitalbasis der Gesamtbewegung, die sich im Jahre 1935 auf 229,6 Millionen Pfund belief. Davon wurden 41,3 % als Betriebskapital für das genossenschaftliche Handelsgeschäft benötigt, d. h. 94,6 Millionen Pfund. Genossenschaftliche Unternehmungen anderer Art, insbesondere Produktivabteilungen, wurden mit 96,6 Millionen Pfund dotiert, so dass nicht weniger als 134,9 Millionen Pfund = 58,7 Prozent des gesamten genossenschaftlichen Kapitals ausserhalb der Genossenschaftsbewegung inve-

stiert werden mussten. Die für die ausgeliehenen Gelder eingenommenen Zinsen waren aber im Jahre 1935 um 1,850,000 Pfund geringer als die Zinsen, die von den Genossenschaften an die Kapitaleinleger (meistens sparende Konsumgenossenschaftsmitglieder) zu leisten waren.

Dieser allzu reiche Kapitalbestand der britischen Konsumgenossenschaften bedeutet ein Problem für sich, das in der hier besprochenen Schrift sehr eingehend erörtert wird. Die Aufgabe, diesen Überfluss an Kapital für die gesamte Konsumgenossenschaftsbewegung nutzbar zu machen, wird dadurch erschwert, dass auch die Grosseinkaufsgesellschaften nur 11 % ihres gesamten Kapitals für die Finanzierung ihrer eigenen Handelsoperationen verwenden können.

Das Verteilungsproblem.

Der Ausgangspunkt der Würdigung der britischen Konsumvereinsbewegung im ganzen ist für die Autoren des Untersuchungsberichtes die Überzeugung, dass in einem modernen Industriestaat die Produktionsprobleme im ganzen gesehen befriedigend (d. h. im technischen Sinne rationell) gelöst seien. Noch zu lösen sei aber die Aufgabe, die Verbraucher an den innerhalb der Produktion wirksamen technischen Fortschritten in genügender Weise zu beteiligen. Dieser Tatbestand habe die Folge, dass die Preise für Konsumgüter höher seien, als vom technischen Stand der Produktion aus gerechtfertigt werden könne. Zur Beseitigung dieses Missverhältnisses, das aus den allzu hohen Verteilungskosten entspringt, seien zwei Wege möglich: der eine bedeute «Planwirtschaft» des Verbrauches, der andere direkte Beziehungen zwischen Konsumenten und Produzenten. Beide Wege werden aber als nicht gangbar bewertet. Vom Genossenschaftsstandpunkt aus bestehe vielmehr die Aufgabe darin, die Entschädigungen, die das Kapital und die Unternehmertätigkeit als Entgelt für ihre wirtschaftlichen Dienste beanspruchen, zu reduzieren. Die Verbraucherpreise seien aufgebaut auf den Kosten für die Warenvermittlung, und wenn diese reduziert werden könnten, so müssten auch die Preise niedriger werden.

Durch einen Vergleich der Wirksamkeit der Genossenschaftsbewegung mit dem Wirkungsgrad privater Unternehmungen in der Warenerzeugung und Warenverteilung wird dieser Gedankengang recht interessant zu erläutern versucht. Ein Zahlenbeispiel mag veranschaulichen, wie sich die Autoren des Berichts die Durchführung des von ihnen aufgestellten Grundsatzes denken. Sie gehen von einer Untersuchung in den Vereinigten Staaten aus, die zu dem Ergebnis gelangt ist, dass im Jahre 1930 die Gesamtkosten im Grosshandel, von denen die Hälfte Gehälter und Löhne darstellen, bei Kolonialwaren und Lebensmitteln 8,82 % des Grosshandelspreises und 13,36 % bei den Preisen für Stoffe und Tuche ausmachten. Das Harvardbüro für Untersuchungs- und Geschäftsmethoden habe im Kolonialwarengrosshandel 10,56 % des Preises und im Materialwarenhandel 16,6 % als reine Vermittlungsspesen ermittelt. Ähnliche Ziffern habe das britische Balfour-Komitee 1929 als Kosten für die Warenvermittlung festgestellt. Diesen Ziffern werden die Verteilungskosten der britischen Grosseinkaufsgesellschaft im Jahre 1935 gegenübergestellt, die für Kolonialwaren 1,3 %, für den Tuchhandel 9,2 % betrugen. In einer Fussnote wird allerdings darauf hingewiesen, dass das Jahr 1935 ein Ausnahmejahr mit besonders niedrigen Kosten im Vergleich zum Umsatz gewesen sei. Für die zweite Hälfte des Jahres 1933 werden als Verteilungskosten der Grosseinkaufsgesellschaft angegeben: für den Kolonialwarenhandel 1,3 %, für Kohlen 0,8 %, für Tuche 9,7 %, für Schuhe und Stiefel 6,6 %, für Möbel und Wohnungsausstattungen 6,8 %. Ein Gesamtumsatz von 92,4 Millionen Pfund für Kolonialwaren, Kohlen, Tuche, Herrenstoffe, Schuhe, Stiefel und Möbel sei seitens der britischen Grosseinkaufsgesellschaft mit einem durchschnittlichen Verteilungskostenaufschlag von 2,2 % durchgeführt worden. Daran wird die sich eigentlich von selbst ergebende Frage geknüpft: Wie können die Grosseinkaufsgesellschaften mit solch niedrigen Unkostenquoten, verglichen mit den Verkaufskosten kapitalistischer Unternehmungen in gleichen oder verwandten Handelszweigen, auf ihre Kosten kommen? Eine sehr eingehende Untersuchung über den Wirkungsgrad der Handelsmethoden der Grosseinkaufsgesellschaft und ihre Kosten gibt die Antwort auf diese Frage. Im einzelnen kann das in einer Gesamtwürdigung dieser Untersuchung nicht geschildert werden.

Für die genossenschaftliche Produktion wird festgestellt, dass hier die Verhältnisse weniger eindeutig sind wie beim Warenaustausch. Die Kosten der genossenschaftlichen Produktion seien sogar in einigen Fällen höher als die der Privatwirtschaft. Zum Teil seien die Gründe hierfür in höheren Arbeitskosten und anderen Verpflichtungen der Genossenschaften, die in ihren sozialen Auffassungen wurzeln, zu suchen. Kostenerhöhend wirken aber auch, wie im einzelnen nachgewiesen wird, technische Mängel bei der Produktion, ungenügende Anwendung von Rationalisierungsmethoden und die grosse Mannigfaltigkeit der genossenschaftlichen Produktion.

Als Beispiel wird angeführt, dass eine Seifenfabrik der Grosseinkaufsgesellschaft 190 verschiedene Varietäten von Seifen anfertigt, während eine Hemdenfabrik über 1000 verschiedene Typen und Grössen herstellt. Es wird also nicht verkannt, dass in Grossbritannien auch für die Genossenschaften noch nicht gelöste Rationalisierungsprobleme bestehen.

Als ein Hauptverdienst des Berichtes muss die gründliche, sorgfältige und viel Anschauungsmaterial darbietende Untersuchung über die Unterschiede der Leistungsfähigkeit und der Wirkungsmöglichkeiten der einzelnen Formen der Warenvermittlung bezeichnet werden.

* * *

Bei einer Betrachtung, die einem Bericht von 556 Seiten gewidmet ist, der zum Bersten mit anerkennenden und kritischen, historischen und aktuellen, wirtschaftlichen und sozialen, organisatorischen und sozialtheoretischen Problemen, die die Konsumgenossenschaften berühren, angefüllt ist, kann natürlich nicht mehr erzielt werden als eine etwas oberflächliche Bekanntschaft mit dem behandelten Objekt. Hoffentlich verlockt sie zu näherer Beschäftigung mit dem besprochenen Enquetebericht. Mehr als eine Andeutung über das konsumgenossenschaftliche Werturteil, das er repräsentiert, konnte und sollte hier nicht gegeben werden. Kein dem Konsumgenossenschaftswesen innerlich verbundener Leser wird die Lektüre des Buches aber ohne grossen Gewinn für seine genossenschaftlichen Kenntnisse und Überzeugungen beenden.

Zürcher Haushaltungsrechnungen 1936/37.

Wir hatten schon in Nr. 8 des «S. K.-V.» vom Jahre 1935 die Gelegenheit, anhand schwedischer Zahlen auf die mächtigen Wandlungen, die seit Ausbruch des grossen Krieges in der Verwendung der Einkommen und insbesondere im Konsum der einzelnen Nahrungsmittel eingetreten sind, hinzuweisen. Eine vorläufige Veröffentlichung des Statistischen Amtes der Stadt Bern über die Ergebnisse der Haushaltungsrechnungen stadtbernischer Familien, die sich an der grossen schweizerischen Haushaltungsrechnungsenquête vom 1. Oktober 1936 bis 30. September 1937 beteiligt hatten, ermöglichte uns sodann, in Nr. 25 des laufenden Jahrganges des «S. K.-V.» vom 18. Juni, einige Angaben über die Entwicklung dieser Faktoren in der Schweiz zu machen. Und nun lässt uns das erste vollständig aufgearbeitete Teilergebnis dieser Erhebung, dasjenige des Statistischen Amtes der Stadt Zürich über die Stadtzürcher Familien, die ihre Hilfe beigesteuert haben, noch etwas tiefere Einblicke in die Veränderungen und den heutigen Stand der Lebenshaltung schweizerischer Familien machen. Denn dass die Ergebnisse der Zürcher Haushaltungsrechnungen nicht nur für die Stadt Zürich, sondern darüber hinaus zum mindesten für den beträchtlichen Teil der schweizerischen Bevölkerung, der in grösseren Ortschaften wohnt, massgebend sind, zeigt der Vergleich mit den Stadtberner Resultaten, den wir unten anführen.

Die Arbeit über die stadtzürcherischen Haushaltungsrechnungen erscheint unter dem Titel «Zürcher Haushaltungsrechnungen 1936/37» als Heft 47 der «Statistik der Stadt Zürich» und hat zum Verfasser den Adjunkten des Statistischen Amtes, Dr. W. Bickel, der auch die Ueberwachung der Haushaltungsrechnungen und deren rechnerische Verarbeitung in Händen hatte. Der umfangreiche Text und die zahlreichen Tabellen ermöglichen vielfache Schlüsse theoretischer sowohl als praktischer Natur. Wer für das bestimmt bedeutungsvolle Gebiet der Einkommenszusammensetzung und Einkommensverwertung unselbständig Erwerbender — denn von solchen rühren die untersuchten Rechnungen ausnahmslos her — ein weitergehendes Interesse hat, dem empfehlen wir die Lektüre der ganzen Schrift. Wir selbst müssen uns hier begnügen, die wichtigsten Ergebnisse anzuführen.

Die Untersuchung erstreckt sich auf 346 Familien. Nach dem Beruf des Ehemannes, der in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle für die Höhe des Einkommens und damit auch für die Verwendungsmöglichkeiten fast allein bestimmend ist, sind davon 197 Angestellten- und 149 Arbeiterhaushalte. In der Gesamtbevölkerung der Stadt Zürich verhalten sich Angestellten- zu Arbeiterfamilien etwa wie 1 : 2. Der Anteil der Angestellten an der Erhebung geht somit über die Norm hinaus, und die Durchschnittsergebnisse sind deshalb etwas nach unten zu modifizieren, wenn man sie als für die Gesamtzahl der unselbständig Erwerbenden massgebend betrachten will.

Die durchschnittliche Kopfzahl der untersuchten Familien beziffert sich auf 3,65. Im Jahre 1930 setzte sich in der Stadt Zürich eine Familie im Durchschnitt aus 3,8 Personen zusammen. Da in der Zwischenzeit die Familien im Mittel bestimmt kleiner geworden sind, können somit in dieser Beziehung die an der Erhebung beteiligten Haushaltungen als zweifellos repräsentativ angesehen werden.

Die gesamten Einnahmen einer Familie belaufen sich im Mittel auf Fr. 5998.44, die gesamten Ausgaben auf Fr. 6132.79. Allen Erwartungen zuwider schliessen somit die Rechnungen nicht mit einem Ueberschuss, sondern mit einem Verlust von Fr. 134.35 ab. Dass der Durchschnitt nicht auf irgendwelche, die Durchschnittsbildung störend beeinflussende Ausnahmefälle zurückzuführen ist, zeigt eine Aufteilung der Rechnungen nach mit Gewinn und mit Verlust abschliessenden, die für die ersten ein Total von nur 126, für die zweiten dagegen ein Total von 220 ergibt. Es ist also schon als eine Tatsache zu betrachten, dass im Durchschnitt die «Reserven» mitherangezogen werden mussten. Der Bearbeiter der Haushaltungsrechnungen glaubt diese Erscheinung zum Teil auf die kurz vor Beginn der Rechnungsperiode durchgeführte Abwertung des Schweizerfrankens zurückführen zu können, ist aber doch der Ansicht, dass diese Erklärung allein nicht genügt. Sollten also die beträchtlichen Spareinlagen — Ende 1937 gleich rund sechs Milliarden Franken — doch zum grossen Teile nicht von unselbständig Erwerbenden herrühren, oder sind in den Rechnungen gewisse Einnahmeposten, wie vor allem z. B. nicht durch die Kasse gegangene, sondern gutgeschriebene Sparkassenzinsen, nicht gebucht worden?

Die Einnahmen gliedern sich wie folgt:

	absolut Fr.	in % des Gesamteinkommens
Arbeitseinkommen des Ehemannes	5306.28	88,5
Arbeitseinkommen anderer Haushaltungsmitglieder	137.28	2,3
Bezüge aus Versicherungen	128.58	2,1
Zinsen von Sparanlagen	50.39	0,8
Rückvergütungen	35.02	0,6
Unterstützungen	81.73	1,4
Geschenke	125.08	2,1
Nettoertrag aus Betrieben	17.81	0,3
Einnahmen aus Vermietung	31.34	0,5
Einnahmen aus Kostgeld	24.03	0,4
Andere Einnahmen	60.90	1,0
	5998.44	100,0

Sozusagen allein massgebend ist das Arbeitseinkommen des Ehemannes, währenddem alle anderen Einkommensarten nur als Zugaben anzusehen sind. In einigen Arbeiter- und teilweise auch Angestelltenfamilien, deren Haupt während eines Teiles der Rechnungsperiode arbeitslos war, nehmen die Bezüge aus Versicherungen und die Unterstützungen einen etwas grösseren Raum ein; doch handelt es sich in diesen Fällen um Ausnahmen von dem doch als Regel zu betrachtenden zuerst Gesagten.

Für die Gliederung der Ausgaben ziehen wir gleich schon die uns bereits bekannten Stadtberner Zahlen zum Vergleich heran. Die durchschnittlichen Ausgaben stadtzürcherischer und stadtbernischer Familien zerlegen sich folgendermassen:

	absolut Zürich	absolut Bern	in % der Gesamtausgaben Zürich	in % der Gesamtausgaben Bern
Nahrungs- und Genussmittel	1781.98	1664.56	29,0	27,6
Bekleidung	550.27	536.33	9,0	8,9
Miete	1307.33	1245.64	21,3	20,6
Wohnungseinrichtung	213.14	234.10	3,5	3,9
Heizung und Beleuchtung	307.35	310.80	5,0	5,1
Reinigung von Kleidung und Wohnung	96.96	95.26	1,6	1,6
Gesundheitspflege	243.—	323.14	4,0	5,4
Bildung und Erholung	440.73	411.74	7,2	6,8
Verkehr	181.57	153.20	3,0	2,5
Versicherungen	517.10	504.—	8,4	8,4
Steuern und Gebühren	247.55	327.95	4,0	5,4
Verschiedenes	245.81	230.82	4,0	3,8
	6132.79	6037.54	100,0	100,0

Man wird zugeben müssen, dass die Uebereinstimmung beim Total sowohl als den einzelnen Gruppen mit Ausnahme etwa der Ausgaben für Gesund-

---

Barzahlung erhöht die Wirtschaftlichkeit des Betriebes und die Konkurrenzfähigkeit.

heitspflege, wo einzelne besonders schwere Krankheitsfälle in den Stadtberner Haushaltungen besonders verteuernd gewirkt haben mögen, und der Steuern, wo tatsächliche Unterschiede in der Belastung bestehen, geradezu frappant ist, und dass es deshalb wohl angeht, die Stadtzürcher Ergebnisse und natürlich auch die Stadtberner als für Schweizer Verhältnisse überhaupt repräsentativ zu bezeichnen. Darüber hinaus zeigt aber die grosse Uebereinstimmung der Ergebnisse der beiden Städte, dass eine verhältnismässig so kleine Zahl von Haushaltungen, wie 169 in Bern und 346 in Zürich, tatsächlich als für eine weit grössere Zahl gültig angesehen werden kann, was ja überhaupt erst Haushaltungsstatistiken einen weiterreichenden Erkenntniswert verleiht. Auf Einzelheiten der Gruppen und ihres gegenseitigen Verhältnisses einzugehen, dürfte an dieser Stelle nicht nötig sein, da wir es bereits bei der Besprechung der Stadtberner Ergebnisse getan haben.

Ebenso verhält es sich mit der vergleichenden Darstellung der Ergebnisse stadtzürcherischer Erhebungen aus verschiedenen Jahren, die wir nun folgen lassen. Die Veröffentlichung des Statistischen Amtes gibt diese Aufstellung für Angestellten- und Arbeiterhaushaltungen getrennt, so dass auch wir nur die Wahl haben, beides anzuführen oder uns für das eine oder andere zu entscheiden. Wir wählen, um nicht zu ausführlich zu sein, die Arbeiterhaushaltungen, die ja, wie wir erwähnten, für eine grössere Zahl von Haushaltungen repräsentativ sind. Ferner geben wir nicht die absoluten Zahlen, sondern, weil es illustrativer ist, das jeweilige Verhältnis der einzelnen Gruppen zum Ausgabentotal wieder. Dieses lautet für vier Jahre, die wir aus den sieben, für die überhaupt Angaben vorliegen, als besonders typisch herausgreifen:

	Prozente der Gesamtausgaben			
	1912	1919	1923	1936/37
Nahrungs- und Genussmittel	44.5	50,0	45,2	33,6
Bekleidung	9,2	11,1	11,2	8,8
Miete	19,0	12,2	14,3	21,9
Wohnungseinrichtung	3.8	2,8	3,8	2,9
Heizung und Beleuchtung	4.1	6,6	5,9	5,0
Reinigung	1,6	2,3	1,7	1,3
Gesundheitspflege	1,9	2,1	1,9	3,2
Bildung und Erholung	4,5	3,4	4,4	5,8
Verkehr	1,7	1,6	1,6	2,4
Versicherungen	3,8	2,8	4,1	9,2
Steuern und Gebühren	1,5	1,8	2,3	2,5
Verschiedenes	4,4	3,3	3,6	3,4
	100,0	100,0	100,0	100,0

Mit besonders grosser Spannung haben wir detaillierte Angaben über die V e r b r a u c h s m e n g e n erwartet. Die Veröffentlichung des Stadtzürcher Statistischen Amtes enthält darüber eine grosse Anzahl von Angaben, leider allerdings gerade die Vergleiche mit früheren Jahren nicht auf eine mittlere Haushaltung, sondern pro sogenannte Konsumeinheit umgerechnet. Die Umrechnung auf Konsumeinheiten hat allerdings den Vorteil, dass sie der verschiedenen Grösse und Zusammensetzung der Haushaltungen in den einzelnen Erhebungen Rechnung trägt, dagegen lässt sich doch unter einer Konsumeinheit, weil es ein konstruierter Begriff — der supponierte Verbrauch eines erwachsenen Mannes — ist, nichts so Rechtes vorstellen. Für die historische Darstellung sind wir indessen gezwungen, uns an die Umrechnung auf Konsumeinheiten, die das Statistische Amt angibt, zu halten. Die auf dieser Grundlage berechneten Zahlen aber lauten, und zwar wiederum unter Beschränkung auf die Arbeiterhaushaltungen:

	Einheit	Verbrauchsmengen je Konsumeinheit 1912	1919	1923	1936/37
Milch und Rahm	Liter	375,1	414,1	393,1	319,7
Butter	kg	7,2	5,4	8,5	10,0
Käse	»	4,2	6,7	6,2	7,7
Eier	Stück	180	90	202	207
Tierische und gemischte Fette	kg	4,0	8,2	6,4	0,8
Rindfleisch	»	13,0	10,7	14,2	8,1
Kalbfleisch	»	3.6	2,6	4.0	2,6
Schweinefleisch	»	8,9	2,0	4,5	9,6
Anderes Fleisch	»	*	4,8	4,2	4,8
Wurstwaren	»	*	9,2	11,6	16,9
Brot	»	138,7	139,1	147,0	106,4
Mehl	»	9,8	11,9	11,6	10,8
Griess	»	2,2	3,4	3,2	1,9
Mais	»	2,3	5,3	2,0	2,3
Reis	»	3,0	7,3	4,9	4,4
Hafer und Gerste	»	2,9	2,9	3,7	3,6
Teigwaren	»	10,6	12,7	12,2	11,4
Speiseöl. Pflanzenfette	»	*	2,4	3,7	11,2
Kartoffeln	»	64,9	103,6	79,7	77,6
Obst	»	*	117,1	74,5	88,8
Konfitüren, Honig	»	*	4.7	1,9	2,9
Zucker	»	23,4	24,8	24,4	35,3
Kakao, Schokolade	»	*	3,4	2,0	3,9
Kaffee	»	*	3,4	3,7	4.0

Wir sehen hier, was uns schon die eingangs erwähnte Untersuchung für Schweden zeigte und für unser Land mit Bestimmtheit ebenfalls zu erwarten war, einen ausgesprochenen Zug zu einer verfeinerten oder, was in diesem Falle wohl ein Fremdwort besser zum Ausdruck bringt, r a f f i n i e r t e r e n L e b e n s h a l t u n g. Nahrungsmittel, die, wie man es wohl am einfachsten sagt, je Geldeinheit den Hunger rascher stillen, wie Milch, Brot und Kartoffeln, nehmen an Beliebtheit ab, währenddem wiederum Nahrungsmittel, bei denen man, um denselben Effekt zu erzielen, etwas tiefer ins Portemonnaie greifen muss, wie Butter, Käse, Eier, Zucker, in stärkerem Masse als früher auf dem Esstische erscheinen. Beim Fleisch tritt das frische Fleisch zugunsten der Wurstwaren mehr und mehr zurück. Tierische und gemischte Fette finden überhaupt fast keinen Absatz mehr, währenddem der Konsum pflanzlicher Speisefette und -öle eine ungeahnte Zunahme erfahren hat. Eigenartig dürfte berühren, dass, wo man doch so viel von einer stärkeren Neigung zu Frischobst spricht, der Obstverbrauch 1936/37 nicht sehr viel grösser war als 1923 und bedeutend kleiner als 1919. Geht man aber der Sache etwas näher auf die Spur, so löst sich das Rätsel. Die Obstpreise sind von Jahr zu Jahr, je nach den Ernteergebnissen, sehr verschieden, und daraus ergeben sich auch im Verbrauch namentlich inländischen Obstes grosse Schwankungen. Nach den Schätzungen des Bauernsekretariates aber belief sich die Gesamternte an den vier wichtigsten Obstarten — Äpfel, Birnen, Kirschen und Zwetschgen — 1919 auf 10,815,000, 1923 dagegen auf nur 3,673,000 und 1936 sogar auf nur 2,626,000 q. 1919 brachte also eine ganz besonders gute Ernte, währenddem 1923 und insbesondere 1936 schlechte Erntejahre waren. Bedenkt man ferner den furchtbar hohen Stand, den 1919 der überwiegende Teil aller Warenpreise erklettert hatte, so wird man nicht umhin können, den Verbrauch an Obst des Jahres 1919 als für jene Zeit übernormal hoch, den des Jahres 1936/37 auf der andern Seite als für die normalen Bedürfnisse der Gegenwart unternormal tief zu bezeichnen.

Wir führen zum Schluss die durch die Erhebungen des Jahres 1936/37 ausgewiesenen Verbrauchsmengen noch auf den Durchschnitt einer Familie berechnet an, weil wir annehmen dürfen, dass sich unter einem Familienverbrauch im allgemeinen etwas Konkreteres vorstellen lässt als unter dem Verbrauch einer Konsumeinheit, die doch

schliesslich kein Wesen von Fleisch und Blut, sondern eine Konstruktion ist. Diese Annahme dürfte auch deshalb besonders berechtigt sein, weil alle Indexziffern auf dem Verbrauch von Durchschnittsfamilien aufbauen. Und schliesslich war ja auch das Bedürfnis nach einer Ueberprüfung der bisher verwendeten Grundlagen für die Berechnung der amtlichen Indexziffer der Lebenskosten in starkem Masse mitbestimmend, dass überhaupt neue Erhebungen über die Gestaltung von Haushaltungsrechnungen angestellt wurden. Da für diesen Fall Durchschnitte, die sich auf die Gesamtheit aller erfassten Haushaltungen beziehen, vorliegen, führen wir diese an. Sie lauten:

Frische Milch	685.70	Liter
Butter	26.90	kg
Käse	17.02	»
Eier	518	Stück
Tierische und gemischte Fette	1.60	kg
Rindfleisch	18.03	»
Kalbfleisch	7.14	»
Schweinefleisch	20.90	»
Wurstwaren	36.00	»
Brot	212.23	»
Mehl	24.34	»
Griess	4.27	»
Mais	4.69	»
Reis	10.05	»
Hafer und Gerste	7.80	»
Teigwaren	23.20	»
Speiseöl	11.90	Liter
Pflanzenfett	12.71	kg
Kartoffeln	171.06	»
Gemüse	174.49	»
Obst und Südfrüchte	275.40	»
Konfitüren	4.93	»
Honig	1.25	»
Zucker	76.98	»
Kakao	4.45	»
Schokolade	5.51	»
Kaffee und Kaffeesurrogate	8.56	»
Tee und Teesurrogate	0.78	»
Wein	21,30	Liter
Bier	51,60	»
Most	18,00	»
Alkoholfreie Weine und Moste	24.80	»

Bei der Festsetzung der für die Indexziffern — des V. S. K. sowohl als des Biga — zu verwendenden Verbrauchsmengen wurden teilweise Substituierungen vorgenommen, d. h. z. B. die Verbrauchsmengen für Rahm und Milch, für Wurstwaren in Frischfleisch und für Kleingebäck und Patisserie in Brot umgerechnet. Es lässt sich deshalb nicht ganz genau sagen, wie weit die Verbrauchsmengen von 1936/37, an denen keine derartigen Aenderungen angebracht wurden, mit den Verbrauchsmengen, die wir oder das Biga anwenden, übereinstimmen oder nicht. Immerhin lässt sich doch, auch ohne dass irgendwelche Umrechnungen vorgenommen werden, leicht feststellen, dass tatsächlich wesentliche Verschiebungen eingetreten sind. Ob allerdings durch Anwendung neuer, sich auf die Ergebnisse von 1936/37 stützenden Unterlagen die Indexziffer selbst wesentlich verändert würde, lässt sich nicht ohne weiteres sagen; das wird vielmehr erst der praktische Versuch erweisen, der zweifellos vorgenommen werden wird, sobald einmal die Ergebnisse der ganzen Schweiz vorliegen. Als die deutsche Indexziffer der Lebenskosten vor Jahren auf eine neue, von der früheren wesentlich abweichende Basis umgestellt wurde, zeigte sich, dass für ein und denselben Zeitpunkt, die unter Verwendung der neuen Grundlagen berechnete Indexziffer von der alten so wenig abwich, dass praktisch von einem Unterschied überhaupt nicht gesprochen werden konnte. Warten wir also ab, was sich in unserem Lande ergeben wird. h.

Verschiedene Tagesfragen.

Grundsätzliches zum Mittelstandsproblem. Theodor Gut schreibt in der «N. Z. Z.»:

«Wenn wir uns zur Frage des Schutzes des Schwächern aus politischer und demokratischer Ueberzeugung positiv einstellen, so bezeichnen wir es als Pflicht des einzelnen, vom Staate keine Wunder zu erwarten. Wir müssen es auch ablehnen, wenn irgendein Erwerbsstand, wie es heute übler Brauch geworden ist, den Begriff des Mittelstandes für sich monopolisieren will. Bei uns gehört der Arbeiter so gut zum Mittelstand wie der Handwerker (von denen mancher kaum auf das Einkommen eines Arbeitslosen kommt!), der Angestellte, der Bauer und der Geistesarbeiter, sowie die Grosszahl der Unternehmer.

Wir dürfen nicht in den Irrglauben verfallen, die heutigen, aus der Ueberbevölkerung fliessenden Schwierigkeiten seien endgültig zu beheben durch irgendwelche interne Massnahmen, es sei denn, wir setzen freiwillig den Lebensstandard geradezu masslos herunter. Sondern es ist eine wirkliche Besserung nur von der Rückeroberung des aussenwirtschaftlichen Raumes zu erwarten, und darum müssen alle Kräfte auf dieses Ziel konzentriert werden. Ohne Erschütterungen kann es aber nur erreicht werden, wenn wir Methoden ausschliessen, die einzelne Volksteile geradezu unter die Räder kommen lassen.

Das ist der tiefere Sinn der Revision der Wirtschaftsartikel, ist der Sinn der Arbeitsbeschaffungsvorlagen, ist der Sinn der landwirtschaftlichen Hilfen jeder Art. Die Kunst liegt darin, dass man überall Mass zu halten versteht.»

Landesversorgung und Produktionsorientierung der schweizerischen Landwirtschaft. Im Schosse der Wissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft für Wirtschafts- und Genossenschaftsfragen sprach über dieses Thema Herr Dr. rer. pol. A. Pfaff, nachdem in einem ersten Referat die Mitglieder durch Herrn Dr. Arnold Schär in äusserst interessanter Weise über die Frage «Vorsorgewirtschaft und Vorrathaltung» unterrichtet worden waren. In Nr. 49 des «Schweiz. Konsum-Verein» ist von Dr. A. Schär ein Aufsatz darüber erschienen, so dass wir uns auf die Berichterstattung des zweiten Vortrages beschränken können.

Der Referent besprach nach einer einleitenden kurzen Würdigung der schweizerischen Anbauflächen die neuen Richtlinien unserer Agrarpolitik. Einem geplanten Mehranbau von Getreide zur Dämmung der Milchschwemme war kein Erfolg beschieden, und deshalb bleibt uns nichts anderes übrig, als die Einführung der Vieh-Kontingentierung, unter Berücksichtigung einer Differenzierung zugunsten der Bergbauern. Der Redner kritisierte die zögernde Haltung der Bundesbehörden in allen diesen wichtigen Fragen und die Zurückhaltung der führenden Bauernorganisationen und forderte als Grundlage wirklicher Neuorientierung unserer Landwirtschaft ihre endliche weitgehende Entschuldung, in Verbindung mit einer grundsätzlichen Umstellung des ländlichen Bodenrechtes, sowie eine Kontingentierung der zur Überproduktion neigenden Erzeugnisse unter Kontrolle der landwirtschaftlichen Genossenschaften.

In der Diskussion wurde das Bodenproblem als Zentralproblem dargestellt. Während einerseits das Lauersche Projekt der Besteuerung ausländischer Fette und Verteilung stark verbilligter Butter an die Weniger-Bemittelten befürwortet wurde, befürchtete man andererseits durch eine solche Massnahme nur noch eine grössere Steigerung der Milchproduktion. Es wurde die Herabsetzung der Überschusserzeugung auf ein vernünftiges Mass als notwendig erachtet. Vergessen wir die bange Frage nicht, welche sich in den vergangenen Septembertagen in bezug auf die Sicherung unserer Landesversorgung mit Lebensmitteln jedem vorausblickenden Menschen aufgedrängt hat. Aus diesem Grunde ist es wirklich an der Zeit, dass die Neuorientierung unserer landwirtschaftlichen Produktion nicht lediglich als Programmpunkt und fernes Ziel aufgefasst wird, sondern einer raschen Verwirklichung entgegengeht. A. St.

Vereinigung für gesunde Währung für eine eventuell progressive Umsatzsteuer. Ein Schreiben der «Vereinigung für gesunde Währung» an den Bundesrat schliesst u. a. wie folgt:

«Da die aus der Arbeitsbeschaffung sich ergebenden Deckungsbedürfnisse des Bundes durch die vorgeschlagene Ausgleichsteuer kaum befriedigt werden könnten, dürfte sich nach Auffassung der Kommission (die von der Vereinigung eingesetzt wurde, die Red.) die Prüfung einer Ausdehnung dieser Steuer auf weitere Unternehmungen oder die Einführung einer allgemeinen progressiven Umsatzsteuer empfehlen.»

Schwyz gegen Girodienst. Dem Beispiele Solothurns ist, laut Fachpresse, der Regierungsrat des Kantons Schwyz gefolgt und hat beschlossen, dass die Giro-Geschäfte des Kantons bis zum 31. Dezember a. c. in ihre frühere Betriebs-

form zurückzuführen seien, das heisst, sie haben bis zu diesem Datum ihre Beziehungen zum Girodienst zu lösen. Kommen die Firmen dem Beschluss des Regierungsrates nicht nach, so werden sie geschlossen.

Bata und der Warenhausbeschluss. Der Regierungsrat von Aarau hat ein von der Bata-Schuhfabrik A.-G. in Möhlin gestelltes Gesuch um Bewilligung des Verkaufes von Gummibällen und Gummispielzeugen in ihren Schuhverkaufsstellen in Aarau, Baden und Möhlin, gestützt auf die Bundesvorschriften über das Verbot der Eröffnung und Erweiterung von Warenhäusern und Filialgeschäften, abgewiesen.

Volkswirtschaft

(Ohne Verantwortlichkeit der Redaktion.)

Krise im Detailhandel?

Der oberste Leiter der «Magazine zum Globus», Herr Mahler, hat sich in «Gedanken eines Unternehmers» zu unserer Wirtschaftspolitik, in der Hauptsache zur Krise im schweizerischen Detailhandel, vernehmen lassen. Das Recht dazu kann ihm niemand bestreiten, der seine Schrift gelesen hat, denn sie enthält manche unabweisbar richtige Gedanken. Nur fällt es auf, dass der Verfasser als Mann der wirtschaftlichen Praxis seine Ausführungen ausschliesslich auf literarische und theoretische Gründe baut. Herr Mahler beklagt zwar an einer Stelle, dass unsere Wirtschaftsstatistik ganz unzulänglich sei und zur Entscheidung der vorliegenden Frage kein Material liefere. Das ist nur richtig, wenn für jede strittige Frage die Statistik die Antwort oder wenigstens jede wünschbare Information auf dem Präsentierbrett darbieten könnte. Dies Ideal kann aber nicht einmal das deutsche statistische Reichsamt mit seinen mehr als viertausend Angestellten erreichen.

Die Schrift des Herrn Mahler ist ein Plädoyer für die Grossbetriebe im Detailhandel, das stark mit den Gedanken und Schlagworten der sogenannten Unabhängigen durchsetzt ist. Diese Gedanken und Ueberlegungen wären grösstenteils unanfechtbar, wenn wir in einer völlig gesunden Volkswirtschaft lebten. Das ist aber leider nicht der Fall, denn wir leben in einer krisenkranken Wirtschaft. Seit den Jahren der guten Konjunktur ist unser Export um rund eine Milliarde Goldfranken gefallen. Wir können annehmen, dass wir die für diesen Export benötigten Rohstoffe mit höchstens 400 Millionen Franken bezahlen müssten, so dass auf jeden Fall ein Einnahmenausfall von 600 Millionen Franken verbleibt. Kommt dazu noch ein Nettoausfall im Fremdenverkehr von mehr als zweihundert Millionen und ein ebenso grosser Ausfall auf ausländischen Kapitalanlagen, so beträgt der gesamte Verdienstausfall mindestens eine Milliarde Franken.

Wir dürfen schätzen, dass rund sechzig Prozent unseres Volkseinkommens im Kleinhandel umgesetzt wird, der Verlust von einer Milliarde Einkommen also für den Kleinhandel eine Umsatzschrumpfung von 600 Millionen Franken bedeutet. Nach der Betriebszählung von 1929 hatten wir damals 48.963 Einzelhandelsbetriebe mit 124,275 tätigen Personen. Diese Zahlen mögen sich etwas geändert haben, aber sehr gross kann die Veränderung nicht sein. Jedenfalls können wir schätzen, dass wir etwa 50—60,000 Läden im Lande haben. Eine Umsatzschrumpfung um 600 Millionen macht für jeden Laden im Durchschnitt einen Umsatzrückgang von 10,000 Franken aus. Ein solcher Rückgang ist schon gross genug, um viele kleine Läden unrentabel zu machen, und es kommt noch hinzu, dass die Schrumpfung gerade bei den kleinsten Geschäften am grössten war. Infolge der Einkommensverminderung sind die Käufer von den kleineren Läden zu den Grossbetrieben abgewandert, die, wie Herr Mahler mit Recht hervorhebt, im Handel meistens leistungsfähiger sind, wenn man den Preis als Massstab nimmt.

Daneben sind auch die teuersten und vornehmsten Spezialgeschäfte schwer betroffen worden. Dass sich an der Zürcher Bahnhofstrasse eine ganze Reihe ehemaliger Luxusgeschäfte in billige Kaffeehallen und Konfektionsläden verwandelt hat, begreift sich leicht, wenn man in Betracht zieht, dass die jährliche Dividendensumme der schweizerischen Aktiengesellschaften von 437 Millionen im Jahre 1929 auf 212 Millionen 1935 und 240 Millionen 1936 herabgesunken ist. Und schliesslich ist infolge der heftigen Konkurrenz auch die Verdienstspanne viel kleiner geworden als sie früher war. Man hat geringeren Umsatz und am geringeren Umsatz verdient man weniger. Viele Ladeninhaber schinden nur noch für den Hausbesitzer, gibt es doch Detailgeschäfte in Zürich, die etwa zwanzig Prozent ihrer Bruttoeinnahmen als Miete abgeben müssen.

Während sich in diesen mittelständischen Berufen die Einnahmen verminderten, vermehrte sich dagegen die Konkurrenz. Die Zahl unserer Industriearbeiter sank von 409,000 in 1929 auf 310,000 1936, um sich 1937 in der Scheinkonjunktur der Abwertung wieder auf 360,000 zu erhöhen. Es ist kein Zweifel, dass eine ziemliche Anzahl der arbeitslos gewordenen Arbeiter und Angestellten in den für jedermann freistehenden Berufen der Handels- und Wirtschaftsgewerbe Unterschlupf gesucht, die Konkurrenz vermehrt, den an sich schon sehr schmal gewordenen Verdienst der Berufsgenossen noch mehr geschmälert hat. Darüber haben wir freilich keine genaue Statistik, aber kein Kenner der Dinge wird die Richtigkeit dieser Annahme in Zweifel ziehen.

Es ist also nicht so, wie die Gegner des Kleinhandels es hinstellen, dass der Kleinhandel nur in seiner Schwäche und Bequemlichkeit geschützt sein wolle. Ein grosser Teil dieser Berufsgruppe ist in wirklicher Not. Doch kann ihm nicht so leicht geholfen werden, und in der Hauptsache muss er sich selber aus dieser Not herausarbeiten. Die vorgeschlagene Ausgleichsteuer kann ihm nur nützen, wenn sie die Preise stark erhöht, aber in diesem Falle wird sie die Arbeitsgelegenheit nicht nur bei den Angestellten der Warenhäuser, sondern auch bei den Produzenten ihrer Waren vermindern. Eine allgemeine Preiserhöhung bedeutet zugleich eine Kaufkraftschwächung für das ganze Volk, und der Handel als Ganzes hat noch niemals von einer Verringerung der Kaufkraft seiner Abnehmer profitiert. Das totale Fiasko, das die Agitation des deutschen Nationalsozialismus gegen die Warenhäuser und Billigpreisgeschäfte erlitten hat, beweist eindrücklich genug, dass auf diesem Gebiete Wollen und Vollbringen zwei verschiedene Dinge sind.

Wir haben diese Ausführungen auf die schweizerische Statistik basiert und der Leser wird daraus ersehen, dass unsere Wirtschaftsstatistik sehr Gutes leistet. Wenn sie allerdings auf alle denkbaren Fragen antworten sollte, so würde das ein ungeheures Geld verschlingen und der Nutzeffekt würde geringer sein als die Kosten. Wenn die Warenhausleiter das nicht einsehen können, so dürfen sie sich nicht darüber wundern, wenn sie auch zur Bezahlung dieser Rechnung herangezogen werden.

Kurze Nachrichten

Verbrauch von Nahrungs- und Genussmitteln je Kopf der Bevölkerung. Nach einer kürzlich veröffentlichten Statistik ist der Zuckerverbrauch je Kopf der Bevölkerung am stärksten in Grossbritannien, den Vereinigten Staaten und Australien, wo er sich jährlich auf rund 1 cwt (50.8 kg) beläuft. In Deutschland und Frankreich erreicht der jährliche Zuckerverbrauch je Kopf der Bevölkerung nur etwa die Hälfte und in dem Zuckerexportland Polen nur etwa ein Viertel dieses Betrages. Auch im Teeverbrauch steht Grossbritannien mit einem durchschnittlichen Jahresverbrauch von 9 lb je Kopf der Bevölkerung an der Spitze, während die grössten ausländischen Teeverbrauchsländer Holland und Französisch-Marokko erst im weiten Abstand mit weniger als 3 lb folgen. In den Vereinigten Staaten beträgt der jährliche Teeverbrauch je Kopf der Bevölkerung sogar weniger als ¾ lb. Im Kaffeeverbrauch stehen dagegen Schweden und Dänemark mit jährlich etwa 16 lb Jahresverbrauch je Kopf der Bevölkerung an der Spitze, in den Vereinigten Staaten erreicht der jährliche Kaffeeverbrauch je Kopf der Bevölkerung 13 lb, in Frankreich 10 lb, in Grossbritannien jedoch nur ¾ lb. Für den jährlichen Butterverbrauch je Kopf der Bevölkerung liegen für die folgenden Länder neuere Schätzungen vor: Belgien 11 kg, Grossbritannien 10.7 kg, U. S. A. 8.1 kg, Deutschland 7.7 kg, die Schweiz 6.2 kg, Italien 1.2 kg. Im Milchverbrauch je Kopf der Bevölkerung, berechnet pro Tag, steht die Schweiz mit 0.70 kg an der Spitze, es folgen U. S. A. mit 0.43 kg, Grossbritannien mit 0.34 kg, Deutschland mit 0.24 kg, Belgien mit 0.20 kg und Italien mit 0.13 kg.

Hohe Gewinne eines Einheitspreiskonzerns. Die Prisunic, Uniprix et Priba, das grösste belgische Einheitspreisgeschäft, das im Jahre 1934 aus der Verschmelzung dreier grosser Einheitspreisunternehmen, der Magasins Prisunic, der Uniprix und der Magasins Priba hervorgegangen ist und heute mit einem Aktienkapital von 40 Millionen Franken arbeitet, meldet für das am 31. Juli dieses Jahres endende Geschäftsjahr 1937/38 eine ausserordentliche Steigerung des Gewinns. Der Reingewinn überstieg mit 20.02 Millionen Franken — gegen 12.49 Millionen Franken im Vorjahre — 50 % des Aktienkapitals. Nach Vornahme von Abschreibungen in Höhe von 8 Millionen Franken und Abzweigen von etwas über 2 Millionen Franken für Tantiemen, Reserven etc. wurde die Dividende auf 19½ % festgesetzt, das ist mehr als das Dreifache der Vorjahresdividende, die 6 % betragen hatte.

Milchlieferungen nehmen zu, statt ab. Die Milchlieferungen des Oktobers zeigen gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres wiederum im Landesmittel eine Zunahme von 5.03 %. In der deutschen Schweiz beträgt die Zunahme 4.07 %, in der welschen Schweiz 8.29 %. Im Vergleich zum Oktober 1913 beträgt die Zunahme 22 %.

Immer weiteres Umsichgreifen der Maul-und-Klauen-Seuche in der Schweiz. In der Woche vom 21. bis 27. November wurden 1228 Ställe als neu verseucht gemeldet mit zusammen 16.628 Rindern und 10.054 Schweinen. Dazu kommen noch 78 Ziegen und 467 Schafe. Damit stellt sich der gesamte Bestand an verseuchten oder der Seuche verdächtigen Tieren auf 38.599 Rinder, 25.996 Schweine, 246 Ziegen und 946 Schafe, verteilt auf 2741 Ställe oder Viehbestände.

Interessenkampf oder Zusammenarbeit? Der schweizerische Oedipus hat die Sphinxfrage immer und immer wieder gelöst und beantwortet. Ulrich Zwingli hat es getan und Heinrich Pestalozzi und Hermann Greulich. In Hunderten von besten schweizerischen Kernworten haben sie es — und zwar in verschiedenen Epochen, aber in voller Übereinstimmung des Gedankens — religiös, pädagogisch, sozialpolitisch ausgesprochen, um was es geht: in unserer Eid-Genossenschaft den Interessenkampf und die Zusammenarbeit derart zu gestalten, dass kein Eidgenosse und keiner, der unter uns ist, bei gutem Wollen und Anstrengung aller Kräfte mit den Seinigen Not leiden muss an dem, was menschenwürdiges Dasein erfordert. Der Interessenkampf keines Mächtigen darf so gebietend, so rücksichtslos sein, dieses Ziel zu hintertreiben. Zusammenarbeit aller, es zu schaffen, ist Pflicht und Recht. *Ernst Nobs.*

Aus der Praxis

Eine Regional-Grosseinkaufsgesellschaft in U. S. A. führt Barzahlung ein.

*Auf der Jahresversammlung der Consumers' Cooperative Association, die am 11. Oktober in North Kansas City abgehalten wurde, beschlossen die Delegierten der angeschlossenen Genossenschaften, alle Geschäfte der Grosshandelszentrale C. C. A. ab 1. Februar 1939 auf strikte Barzahlung umzustellen. Dieser Beschluss ist die logische Folgerung einer an der Generalversammlung des Vorjahres angenommenen Entschliessung, die die Genossenschaften verpflichtete, dem Ideal der Barzahlung nachzustreben. Im Laufe des Jahres haben die Probleme der Warenabgabe auf Kredit den Gegenstand intensiven Studiums gebildet. Die Bedingungen, unter denen das System der Barzahlung angewandt werden soll, wurden in der Entschliessung wie folgt umschrieben:

1. Von den Mitgliedern sind auf den durchschnittlichen Monatsausständen bei der C. C. A. 2% Jahreszins zu entrichten.

2. Auf Checks, die sofort nach Empfang der Rechnung für raffinierte Produkte, Oele und Fette eingesandt werden, wird 1% Skonto gewährt.

3. Auf Checks, die sofort nach Empfang der Rechnung für Dachbedeckung, Draht und Nägel eingesandt werden, werden 2% Skonto gewährt.

4. Auf Checks, die sofort nach der Lieferung von Bauholz eingesandt werden, werden, nach Abzug der Fracht, 2% Skonto gewährt.

5. Nettobarzahlung für Traktoren, Maschinen und Ausrüstung.

6. Für alle anderen Waren, einschliesslich Reifen, Schläuche, Batterien, Zubehör, Farbe, Zwirn, Kolonialwaren, elektrische Apparate und verschiedene Produkte sind Checks sofort nach Empfang der Rechnung einzusenden.

7. Wenn die Ueberweisung nicht bis zum zehnten Tag nach Empfang der Rechnung eingeht, sind alle zukünftigen Bestellungen gegen Nachnahme auszuführen, solange ein Teil der Rechnung mehr als zehn Tage ausstehend bleibt.

Über den Verkauf von Bäckerei- und Konditoreiwaren im Konsumladen.

3. Das Verkaufen.

Abwechslung hilft verkaufen. Es ist nicht immer gesagt, dass die Konditorei neue Artikel bringen muss. Die Verkäuferin kennt die Geschmacksrichtung ihrer Kunden, sie greift einen oder einige Artikel heraus und arrangiert ganz von sich aus eine nette Spezialausstellung.

Ein Schildchen wird die Kunden beim Betreten des Ladens aufmerksam machen.

Z. B.: «Heute Berliner Pfannkuchen» — oder: «Wir offerieren 4 neue Spezialitäten» usw. Ungeahnte Möglichkeiten erschliessen sich uns zum Forcieren des Patisserieverkaufes.

Bringt die Konditorei einen neuen Artikel heraus, so wird die Verwaltung im Genossenschaftlichen Volksblatt, evtl. auch in den Tageszeitungen, dem Publikum den neuen Artikel bekanntgeben. Die Verkäuferin aber wird in ihrem Laden diesem Gebäck ein ganz spezielles

Plätzchen anweisen; die entsprechende Anschrift sowie Preisschilder dürfen keineswegs fehlen, die Kundschaft muss sich sofort sagen: «Von dieser Spezialität habe ich heute in der Zeitung gelesen.» Eine Verkäuferin muss wissen, dass ein Artikel, für den Reklame gemacht wird, schon halbwegs verkauft ist; den Rest besorgt sie selbst.

Hat ein Artikel nicht eingeschlagen, auch nachdem alles versucht wurde, so hat es keinen Sinn, ihn weiter forcieren zu wollen. Der Artikel muss so rasch wie möglich verschwinden.

Verfehlt wäre es, die Schuld zuerst bei der Ware selbst zu suchen; denn es ist eine leichte Entschuldigung, die man oft aus dem Munde der Verkäuferinnen vernimmt: «Der Artikel geht bei uns nicht.» Die Praxis hat gezeigt, dass an der Art der Schaustellung oder Empfehlung grosse Fehler begangen werden, dass, wenn diese beseitigt werden konnten, das Resultat ins Gegenteil umschlug. E. V.

Ein Rat für den Weihnachtsverkauf: Vor allem Geduld haben!

Nicht nervös werden, wenn noch andere Kunden warten. Lieber eine Kundschaft gewissenhaft bedienen, als zwei durch oberflächliche Bedienung einmal gewinnen und für immer verlieren. AKS-Bote.

Kreiskonferenzen

Herbstversammlung des Kreises I in Monthey am 23. Oktober.

111 Delegierte von 53 Vereinen trafen sich in Monthey, Wallis, das seinen 25jährigen Bestand feiern durfte. Der Gemeindepräsident, Herr Delacoste, erfreute die Versammlung, die Herr Tannaz präsidierte, im Namen der Gemeindebehörden mit einer Ansprache, die von grosser Sympathie für das Genossenschaftswesen zeugte.

Als Vertreter des V. S. K. sprach Herr Maire, Vizepräsident der Verwaltungskommission des V. S. K., über die bekannten aktuellen Tagesfragen.

Die Versammlung nahm einstimmig die am Sonntag vorher vom Kreis II gefasste Resolution (s. S. K.-V. No. 44) ebenfalls an.

In der Folge entspann sich eine sehr lange Diskussion über Fragen, die mit der Schaffung eines permanenten Kreissekretariats im Zusammenhang stehen. Ein Antrag, die Erhöhung des Beitrages der einzelnen Vereine an die Kreiskasse wieder fallen zu lassen, da die Verfolgung dieser Angelegenheit (Rundfrage des V. S. K.!) kein befriedigendes Ergebnis gezeitigt habe, wurde nach gründlicher Aussprache dahin abgeändert, dass mit grosser Mehrheit beschlossen wurde, die Beitragsleistung für die nächsten 6 Monate auf 50 % der Leistungen pro 1938 festzusetzen. Vorerst bleibt das halbständige Sekretariat weiterbestehen.

Herbstversammlung des Kreises II in St. Ursanne am 16. Oktober.

Im festlich geschmückten St. Ursanne, dessen Genossenschaft schon am Vorabend — anlässlich der Errichtung eines schönen Genossenschaftsbaues und in Würdigung des 30jährigen Bestandes — eine grosse Feier veranstaltet hatte, fanden sich über 100 Personen zur Herbstversammlung des Kreises II ein. Der Kreispräsident, Herr Perret, gab in seinem Geschäftsbericht einen klaren und weitgehend umfassenden Ueberblick über die reiche Tätigkeit des Vorstandes und des Kreissekretariats. Es seien aus dieser Tätigkeit erwähnt: Berufliche Weiterbildung des Personals, Verwaltertag, Vorbereitungskurs für Studienzirkel im Freidorf, Studienzirkeltagung der welschen Schweiz, Genossenschaftslager in Bretaye, Genossenschaftstag in Ste-Croix, Kollektivpropaganda.

In der Diskussion findet auch die Schaffung von Kreissekretariaten Erwähnung. Herr Maire, Vizepräsident der Verwaltungskommission des V. S. K., ist der Ansicht, dass die Frage der Subventionierung der Kreissekretariate wieder in Diskussion gezogen werden wird.

Als Vertreter des V. S. K. referierte Herr Maire über die allen Kreisversammlungen gemeinsamen Traktanden, die Wirtschaftsartikel, die Ausgleichsteuer und die Dringlichkeits-Initiative.

In der Diskussion vertritt Eymann, La Chaux-de-Fonds, die Meinung, dass die Genossenschaften sich allem widersetzen müssen, was das Leben verteuert. Voillat, Pruntrut, misstraut dem Bundesrat nicht, teilt jedoch im allgemeinen die Befürchtungen seines Kollegen von La Chaux-de-Fonds (beruhigende Erklärungen gegenüber den Genossenschaften und die damit gemachten Erfahrungen!) Montandon, Neuenburg, und Stauffer, La Chaux-de-Fonds, wenden sich gegen eine Ausgleichsteuer, die die Genossenschaften nicht ausnimmt. Voillat zitiert einen Entscheid der Paritätischen Kommission, die der Genossenschaft d'Ajoie die Uebernahme eines bestehenden Ladens nicht gestattete, während inzwischen ein neuer Händler einen neuen Laden im betreffenden Dorf eröffnete.

Einstimmig fand die schon in No. 44 des «Schweiz. Konsum-Verein» veröffentlichte Resolution Annahme.

Bildungs- und Propagandawesen

Die Woche der Genossenschaftlichen Studienzirkel.

In der Berichtswoche erhielten wir Kenntnis von der Gründung Genossenschaftlicher Studienzirkel in **Aarau, Basel: ACV., Frick, Gränichen, Lenzburg: AKG., Monthey, Les Verrières-Bayards** und **Windisch.** Damit steigt die Zahl sämtlicher Zirkel, die sich in Tätigkeit befinden, auf 80 in der deutschsprechenden und 46 in der französischsprechenden, in der ganzen Schweiz somit auf 126. Bei dem neuen Zirkel des ACV. beider Basel handelt es sich um den Zirkel in französischer Sprache, über den wir uns schon in einem früheren Bericht einmal kurz geäussert hatten. Im Einzugsgebiet des ACV. erreicht damit die Zahl der Studienzirkel 26, d. h. nicht viel weniger als ein volles Drittel aller Studienzirkel der deutschsprachigen und etwas über ein Fünftel aller Studienzirkel, die bis heute ins Leben getreten sind, überhaupt.

Ein grosser Feind nicht nur der Landwirtschaft, sondern auch unserer Studienzirkel ist die **Maul-und-Klauen-Seuche.** Während der Berichtswoche teilten uns nicht weniger als fünf Vereine, darunter 4, die im Winter 1937/38 einen Studienzirkel gehabt hatten, mit, dass sie wegen des im Zusammenhang mit einem starken Auftreten der Seuche erlassenen Versammlungsverbotes die Studienzirkeltätigkeit bisher nicht hätten aufnehmen können und voraussichtlich für diesen Winter überhaupt jegliche Bemühungen nach dieser Richtung einstellen müssten.

Verschiedene Studienzirkelzusammenkünfte der letzten Zeit hatten Besuch von auswärts. So waren am 22. November Herr Tannaz, Präsident des Kreisverbandes I, in **Aigle,** am 23. November Herr Ch.-U. Perret, Präsident des Kreisverbandes II, in **Buttes,** am selben Tage Herr Dupuis, Vertreter-Revisor des VSK., in **St-Aubin** und am 5. Dezember Herr G. Périnat, Lehrer in Courrendlin, in **Tramelan.**

Auch die Führung eines Studienzirkels muss gelernt sein, und man sollte deshalb nicht mutlos die Flinte ins Korn werfen, wenn nicht schon gleich am Anfang alles so ist, wie man es gerne haben möchte. Gewöhnlich kommt die wirkliche Befriedigung erst nach einiger Zeit. So schreibt der initiative Leiter der beiden Zirkel in **Mollis,** Herr F. Zwicky-Guler, im Protokoll einer Sitzung des im zweiten Tätigkeitsjahre stehenden Zirkels I dieser Genossenschaft unter anderem: «Die Saat, die letztes Jahr ausgestreut worden ist, beginnt im Zirkel I zu

reifen. Nicht nur das Interesse, das auch im pünktlichen Erscheinen seinen Niederschlag findet, hat sich gehoben, auch der Horizont der Teilnehmer hat sich erweitert; es kann bereits eine deutliche Vertiefung in die genossenschaftlichen Gedankengänge festgestellt werden».

Erstmalige Aufrufe zur Gründung eines Genossenschaftlichen Studienzirkels erlassen **Langenthal, Münchenbuchsee, Schwarzenburg** und **Yverdon**. Trotz des üblen Streichs, den die Maul-und-Klauen-Seuche unseren Studienzirkeln spielt, kann also noch damit gerechnet werden, dass die Zahl der Studienzirkel am Ende der Saison zum mindesten nicht hinter der letztjährigen zurückbleiben wird. h.

Bewegung des Auslandes

Finnland. Mitgliederwerbefeldzug des Verbandes K. K. Zum ersten Mal seit dem Jahre 1932 organisiert der Genossenschaftsverband K. K. einen das ganze Land umfassenden Feldzug für die Werbung neuer Mitglieder. Die einzelnen Genossenschaften, die sich in hohem Masse auf die Mitarbeit ihrer gegenwärtigen Mitglieder für die Gewinnung neuer Mitglieder verlassen, bieten besondere Preise an für diejenigen, die die meisten Mitglieder werben. Die Verteilungsstellen, die die besten Resultate aufweisen, erhalten ein Verdienstzeugnis.

Schweden. Die Milchzentrale, Malmö, die gemeinsam von den Verbrauchern und Erzeugern im Jahre 1930 errichtete Organisation, setzt jetzt täglich 60,000 Liter Milch ab, wovon zwei Drittel direkt an die Verbraucher abgesetzt werden und der Rest zu Butter und Käse verarbeitet wird. Die unmittelbare Aufgabe bildet die Konzentration des Milchgeschäfts von Malmö, und zu diesem Zwecke ist ein grosses Grundstück für die Errichtung einer neuen Molkerei erworben worden, die imstande sein wird, die Milchverteilung der ganzen Stadt zu übernehmen und Raum für einen weiteren Ausbau aufweist.

U. S. A. Kongress der Genossenschaftsliga. An dem im Oktober in North Kansas City, Missouri, abgehaltenen Zweijahreskongress der Genossenschaftsliga wurde Herr Dr. J. P. Warbasse wiederum zum Präsidenten gewählt. Herr Dr. Warbasse bekleidet dieses Amt schon seit der vor 22 Jahren erfolgten Gründung dieser Organisation. Diese von 160 Delegierten und 400 Besuchern — die 965,000 Genossenschaftsmitglieder vertraten — besuchte Tagung nahm eine Entschliessung an, dass die Bewegung «die baldige Errichtung unseres eigenen Finanzinstituts verwirklichen solle». Die Delegierten beschlossen ferner, dass das United States Census Bureau bei der Aufnahme der Zählung von 1940 auch Statistiken über die Genossenschaften sammeln solle, und dass das Parlament der U. S. A. und die Regierungen der einzelnen Staaten ersucht werden sollen, den genossenschaftlichen Unterricht mit allen Mitteln zu fördern. In einer Resolution über die Beziehungen zur organisierten Arbeiterschaft, die im Anschluss auf den Eingang einer von der American Federation of Labour angenommenen Resolution beschlossen wurde, billigte der Kongress den Abschluss von Kollektivverträgen für Genossenschaftsangestellte und forderte die organisierte Arbeiterschaft auf, «die einzigartige wirtschaftliche Funktion der Genossenschaftsbewegung sowie auch die Verantwortung der Arbeiterschaft für die Erhaltung von Beziehungen zu den Genossenschaften anzuerkennen, die sie gegenüber ihren wirtschaftlichen Konkurrenten nicht benachteiligen werden».

— Das erste Genossenschaftskino in den Vereinigten Staaten wurde in Greenbelt, Maryland, einer von der Farm Security Administration gegründeten Musterstadt, errichtet. Ein von den Genossenschaften gewählter Ausschuss von Kindern, die das Gymnasium und die Mittelschule besuchen, wird die Filme für die Kindermatinée auswählen.

Sprechsaal

Die gesuchten billigen Waren.

Der Verwalter einer Landgenossenschaft nimmt in gereimter Form Stellung zum Billigkeitsrummel. Seiner Einsendung entnehmen wir folgende Stelle:

Alles hat seine schönen, aber auch Schattenseiten
und wenn die Löhne ganz bedenklich abwärts gleiten,
dann sind die Waren billig wie noch nie.
Aber die Moral davon ist dann doch die,
dass auch die Ersparnisse demgemäss sind kleiner
und der grösste Schaden trägt dann sicher einer,
der es nicht verdient und auch nicht hat gewollt,
doch dazu hat beigetragen, solche Waren hat geholt.
Leider kann man das kaum ändern heute
und wenns dann einer gar darum gereute,
das Haushaltungsgeld ist so bescheiden,
dass man schon darum nicht will meiden
den Gang in das sogenannte «Einkaufshaus»
und holt sich dort die billigen Waren raus.
Am Feierabend wird dann wohl davon geredet,
dass der Meister die Löhne besser etwas hebet,
anstatt senket und die Kaufkraft wird verringt.
Doch mein lieber Konsument bedenke, was bedingt,
dass die Kaufkraft aller Konsumenten würde steigen
und von der Produktion ein Ueberschuss würd' bleiben?
Gewiss nur etwas mehr Verständigung und Einsichtswillen
und Hände weg von den so sehr gesuchten Verbilligungspillen.
Die verderben allen Konsumenten Blut und Magen,
denn was billig, ach man darf es ja kaum sagen,
ist der Krankheitskeim in allen diesen bösen Zeiten.
Für Politik und Wirtschaft und für alle Obrigkeiten.
Man gibt Zuschüsse gar für jede magere Industrie,
erhebt dazu dann neue Steuern und dazu noch wie,
dass man glaubt in diesem Sinn geht es nicht mehr weiter,
doch die «Billigkeitsläden» finden die ganze Sache heiter.

Aus unserer Bewegung

Aus unseren Verbandsvereinen.

Es hat den Anschein, als ob die Maul-und-Klauen-Seuche sich in verschiedenen Teilen unseres Landes zu einer wahren Plage zu entwickeln droht. Immer wieder müssen wir berichten, dass Genossenschaften ihre Versammlungen infolge behördlicher Massnahmen gegen diese Geissel nicht abhalten können. **Wynau**, das seine Hauptversammlung am 3. Dezember abhalten wollte, muss diese auf unbestimmte Zeit verschieben, da die Seuche in der Ortschaft ausgebrochen ist und in kurzer Zeit an Ausdehnung zugenommen hat. **Bremgarten b. B.** muss aus demselben Grunde vorläufig auf die Durchführung verzichten.

An Umsatzangaben können wir diese Woche bekanntgeben:

	1938	1937
Boniol (Oktober/September) . . .	104,000.—	98,400.—
Bremgarten b. B. (Okt./Sept.) . . .	125,600.—	125,200.—
Burgdorf (August/September) . . .	640,400.—	642,900.—
Herzogenbuchsee (Sept./Aug.) . .	548,100.—	595,700.—
Rapperswil (Oktober/September) .	233,200.—	228,200.—
Solothurn (September/August) . .	4,630,500.—	4,412,400.—
Unterentfelden (Okt./Sept.) . . .	100,000.—	99,300.—

Vor Weihnachten erstatten ihren Mitgliedern die Rückvergütung folgende weitere Genossenschaften: **Einsiedeln** Franken 43,600.—, **Burgdorf** Fr. 32,600.—, **Möriken** Fr. 15,000.—, **Oensingen** Fr. 30,500.—, **Solothurn** Fr. 280,900.—.

Aus dem Jahresbericht von **Burgdorf** entnehmen wir, dass anlässlich des Internationalen Genossenschaftstages 186 Mitglieder die 25jährige Zugehörigkeit zur Genossenschaft feiern konnten. Den Jubilaren wurde ein Brotkörbli als Geschenk überreicht.

Um den Müttern die Bescherung der Kinder am St. Klaustage mit wenig Geld zu ermöglichen, haben **Biberist, Derendingen** und **Niedergerlafingen** Samiklaussäcke zusammengestellt, die sie zu bedeutend reduzierten Preisen an ihre Mitglieder abgaben.

In Töss starb vor einigen Tagen Herr Adolf Fries im Alter von 85½ Jahren. 1881 trat er dem Arbeiterverein Töss bei, an dessen Vereinstätigkeit er regen Anteil nahm. Von 1888 bis 1890 betreute Herr Fries die Bibliothek des Vereins und von 1901—1916 gehörte er dem Vorstand an. Nach der Vereinigung von 1921 ist er ein gutes Mitglied des K. V. **Winterthur** geworden. Mit ihm ist einer der ältesten Genossenschafter, wenn nicht der älteste, der einstigen Tösser Schule abgeschieden. Fries war 57 Jahre lang Mitglied der Genossenschaft.

Vorletzte Woche wurde in **Romanshorn** Herr Ernst Bollmann zu Grabe getragen, ein Mann, der mit den Geschicken des Lebensmittelvereins eng verknüpft ist. In der ersten Zeit des Bestehens der Genossenschaft mussten vielfach, wenn Not am Mann war, die Vorstandsmitglieder für die Genossenschaft helfend einspringen. Ernst Bollmann war einer derjenigen, die Opfer an Zeit und Geld nicht scheuten, wenn es galt, für die Idee der Genossenschaft einzustehen und zu

kämpfen. Mehr als einmal hat er seine Ersparnisse als Bürgschaft und Sicherheit hinterlegt. Dass die Genossenschaft sich so entwickelt hat, ist nicht zuletzt seiner und seiner Kameraden Energie zu danken. Gegen Ende des Krieges zog er sich zurück und machte Jüngeren Platz, verfolgte aber immer die Entwicklung der Genossenschaft und blieb auch im hohen Alter ein vorbildlicher Genossenschafter.

Herr R. Steudler, unser Revisor für die welsche Schweiz, teilt uns mit, dass im Laufe des Jahres 1938 in seinem Revisionsbezirk sechs neue Vereine entstanden sind.

Wie jedes Jahr, so veranstaltete auch diesmal der Lebensmittelverein **Zürich** am 7. Dezember eine Ausstellung von Kinderhandarbeiten. Auch **Chur** und **Kreuzlingen** stellten am 4. bzw. 7. Dezember die in ihren Strick- und Bastelkursen hergestellten Arbeiten und Gegenstände zur Schau.

Unter dem Motto «Vergiss mi nit» begann am 5. Dezember in **Laufenburg** eine Weihnachtsausstellung. Zugleich veranstaltet die Genossenschaft einen kleinen Wettbewerb, bei dem es zu schätzen gilt, auf wieviel Franken sich die Bareinnahmen für Dezember belaufen werden. Für richtige Lösungen sind Preise im Gesamtwert von Fr. 125.— ausgesetzt.

Rheinfelden veröffentlicht das Programm zu seinem, am 3. Dezember abgehaltenen, im letzten Bericht bereits erwähnten, Familienabend. Danach wurde den Teilnehmern nach den geschäftlichen Mitteilungen unter der Conférence von Herrn Reinhard ein rassiges Programm geboten. Auch die obligatorische Gratis-Wurst mit Beilage ward vertreten.

Am 9. Dezember hält die Amicale des Coopératrices in **Château-d'Oex** einen Arbeitsabend ab mit Gesang und Vorträgen über die Genossenschaftsbewegung.

Mollis führt voraussichtlich am 29. Januar einen Frauennachmittag in Verbindung mit einem Lichtbildervortrag durch. Im **Freidorf** hält am 14. Dezember Herr Franz Carl Endres seinen letzten Vortrag im Zyklus «Ethik des Alltags». Herr Dr. Fritz Wartenweiler spricht am 12. Dezember über «Der Mensch im heutigen Wirtschaftsleben» im Kunstmuseum **Basel**. Veranstaltet wird dieser Vortrag durch die Mitgliederausschüsse des A. C. V. und die Arbeitsgemeinschaft für Wirtschafts- und Genossenschaftsfragen. Mehr materieller Art war der Vortrag, den der Konsumgenossenschaftliche Frauenverein beider **Basel** am Freitag, den 9. Dezember, nachmittags und abends im Gaswerk der Stadt veranstaltete, nämlich eine Kochdemonstration unter dem Titel «Ein ganzes Essen im Backofen». Den Mitgliedern von Kleinbasel und Riehen wurde am 2. Dezember in einer Mitgliederversammlung der Film der Eidg. Fachkommission für das Schuhmachergewerbe «Gut zu Fuss» gezeigt.

Herr Ch.-H. Barbier sprach am 7. Dezember in **La Chaux-de-Fonds** über «La crise actuelle et les solutions coopératives».

In **Chézard-St-Martin** führte Herr Ch. Jung, unser Filmoperateur für die Westschweiz, zwei Filme vor. Der Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Sowohl der Film der S. G. G. als auch der Film «Ma petite Jacotte» wurden vom Publikum begeistert aufgenommen. Herr Jung hat es verstanden, durch seine Vorführungen und seine Worte die Anwesenden zu gewinnen. Diese beiden Filme wurden am 6. bzw. 8. Dezember in **Lucens** und **Moudon** gezeigt.

Der Tonfilm «Wir bauen auf» läuft am 12. Dezember in **Fahrwangen** und **Gersau**, am 15. Dezember in **Freienstein-Rorbas**. In **Gersau** wird Herr Haefeli den Film vor einem «kleinen» aber nicht minder dankbaren Publikum abrollen lassen. Den Kindern bringt dann der Samiklaus noch eine Bescherung. rn.

Ermatingen. * Durch den Tod des Jean Ammann erfuhr die Genossenschaft einen schweren Verlust. Jean Ammann war 26 Jahre im Vorstand der Konsumgenossenchaft Ermatingen tätig und amtete vom August 1918 bis zu diesem Frühjahr als Aktuar. Er war immer ein rühriger und guter Genossenschafter. Ein Herzleiden hat dem rüstigen Manne ein rasches Ende gesetzt.

Flums. * Die Union-Genossenschaft verlor innert kurzer Zeit zwei verdiente Genossenschafter durch den Tod. Am 16. Oktober verstarb der langjährige Präsident Gottlieb Nadig. Seit dem Jahre 1913 versah er in der Genossenschaft den Präsidentenposten. — Vier Wochen später, am 13. November, erfuhr die Genossenschaft einen weiteren Verlust in der Person des Robert Buner. Derselbe wurde im Jahre 1904 in den Vorstand der Genossenschaft gewählt, versah während zwei Jahren ein Amt in der Rechnungskommission und übernahm dann den Einkauf für die Genossenschaft bis zu seinem Tode. Robert Buner war der Verfasser der sehr interessanten und lebendig geschriebenen Festschrift anlässlich des 50jährigen Bestehens der Union-Genossenschaft im Jahre 1936. — Die beiden Genossenschafter haben durch ihr Wirken um die Entwicklung der Genossenschaft sich sehr verdient gemacht.

Meiringen. Jahresabschluss. (Mitg.) Der Gesamtumsatz erreichte rund Fr. 724,300.— (Mehrumsatz Fr. 24.000). Die Aussichten für die kommende Zeit sind infolge vermehrter Arbeitsbeschaffung verhältnismässig günstiger. Eine ausserordentliche Generalversammlung stimmte der Einführung der Alters- und Hinterbliebenenversicherung für das Personal zu. Für einige ältere Angestellte wurde jedoch eine Alterskasse geschaffen. Durch den Ausbau des Hauptladens an der Kirchgasse konnte ein prächtiges Ladenlokal geschaffen werden, was auch der Mercerie- und der Schuhabteilung sehr zustatten kam. Gut entwickelt sich auch die Bäckerei. In die Molkerei wurden 246.900 Liter Milch eingeliefert, wovon 154.000 Liter ausgemessen wurden; der Rest wurde verarbeitet. — Die Depositenkasse erfuhr eine Zunahme um Fr. 22,900.—, ihr Bestand ist damit auf Fr. 342,700.— angewachsen. Der Mitgliederbestand beträgt 944, der Durchschnittsbezug pro Mitglied Fr. 786.—. Das Warenlager wurde entsprechend abgeschrieben; auch auf den Maschinen und den Liegenschaiten. die letzteren mit Fr. 187,900.— in der Bilanz aufgeführt und mit einer Hypothek von nicht ganz Fr. 38,000.— belastet, wurde eine namhafte Abschreibung vorgenommen. Der Reinüberschuss mit Fr. 43,300.— gestattet u. a. die Ausrichtung einer Rückvergütung auf Waren von 7 % und auf Milchbezügen von 2 %.

Oensingen. Jahresabschluss. (Mitg.) Die Mitgliederzahl hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr um 14 vermehrt; sie beträgt heute 618. Der Umsatz beläuft sich auf Fr. 331.300.— gegenüber Fr. 303,800.— im Vorjahr. Die Rückvergütung inkl. Rabatt beträgt 10 %.

Die Bilanz erzeigt an Aktiven u. a.: Kassa Franken 8600.—. Waren und Ausstände Fr. 54,200.—, Liegenschaften Fr. 122,000.—. Total Fr. 203,600.—. Passiven: Depositengelder Fr. 60,400.—, Reservefonds Fr. 61,400.—, Hypotheken Fr. 48,000.—, garantierter Rabatt Fr. 21,500.—. Nettoüberschuss Fr. 12,300.—. Die Totalunkosten betragen 9,68 % gegenüber 9,85 % im letzten Jahre. — Die Rechnung wurde einstimmig genehmigt.

Der Reinüberschuss wird u. a. folgendermassen verwendet: 10 % Rückvergütung inkl. Rabatt; Sozialfürsorge Fr. 600.—; Beitrag an Seminar Fr. 100.—; Allerheiligen und Frauenliga Fr. 100.—.

Soziale Arbeit

Weihnachtsgeschenk für Lehrlinge und Lehrtöchter.

60.000 junge Menschen bereiten sich in der Schweiz durch eine Berufslehre auf ihre künftige Lebensarbeit vor. In Werkstatt und Büro strengen sie sich Tag für Tag an, ihre Berufskenntnisse und -fertigkeiten zu entwickeln, um sich für eine erfolgreiche Lehrabschlussprüfung vorzubereiten. In einer Zeit, da sportliche Leistungen in erster Linie die Anerkennung und das Interesse der Oeffentlichkeit finden, ist es doppelt angebracht, auch Leistungen auf dem Gebiete der Arbeit und Bildung zu würdigen und durch Auszeichnung zu fördern, damit die Jugend nicht zu der falschen Auffassung verleitet wird, Bemühungen auf dem Gebiete des Sports könnten rascher und sicherer zu einem Erfolg im Leben verhelfen als solche auf dem Gebiete der Arbeit.

Die bevorstehende Weihnachtszeit sollte deshalb zum Anlass genommen werden, tüchtigen Lehrlingen und Lehrtöchtern durch eine besondere Art der Weihnachtsgeschenke (z. B. Fachliteratur) zu zeigen, dass ihre Anstrengungen, in der Lehre das Beste zu leisten, beachtet und gewürdigt werden.

S. V. B. L.

Soziale Fürsorge

Pro Juventute und das Schulkind.

(Mitg.) Es geht diesmal um das Schulkind, um es gleich vorauszusagen. Aber was wird für das Schulkind getan? Blättern wir in den Stiftungsausgaben des letzten Vierteljahrhunderts — denn so alt ist Pro Juventute! — so finden wir drei grosse Summen für die Schulkindhilfe: 860,000 Franken wurden für Versorgungen in Anstalten und Familien, 580,000 Franken für Ferienkolonien, 612,000 Franken für Ferienversorgung durch die Berufssekretariate, 500,000 Franken für Bekleidung und Ernährung ausgegeben. Das sind die grossen

Posten; zu ihnen gesellen sich viele kleine, so dass wir zu einer Gesamtausgabe von fast 3½ Millionen in 25 Jahren, allein für das Schulkind und mittlere Kindesalter, kommen. Bei der Ferienversorgung, die wohl den grössten Raum in der Gesamttätigkeit der Stiftung einnimmt, gedenken wir noch der Auslandschweizerkinder, die dieser Wohltat teilhaftig werden und für die nie genug getan werden kann.

Auch während der Schulwochen ist Pro Juventute ernst und treu um unsere Kinder besorgt. Der Schularzt und der Schulzahnarzt spielen eine immer grössere Rolle. Das grosse Mühen ärztlicher Fürsorge ist heute auf Prophylaxie gerichtet: es kommt darauf an, den Anfängen zu wehren und den Organismus zur Gegenwehr gegen die Krankheiten besser zu befähigen. Im Vordergrund steht hier natürlich die Tuberkulose, aber auch die so lange vernachlässigte Zahnpflege. Gerade diese setzt die Bereitstellung besonders grosser Mittel voraus.

Aber auch gesunde Kinder werden nicht vergessen. Schülersuppen und Schülermilch spielen keine kleine Rolle in ihrem Budget. Hier ist vor allem, aber nicht nur an solche zu denken, die über Mittag in unwirtlichen Gegenden oder der Entfernung wegen nicht nach Hause können. Endlich wird auch das geistige Wohl der Kinder nicht vergessen. Man pflegt den Briefaustausch mit dem In- und Ausland, die Beziehungen zwischen Deutsch und Welsch, die Placierungen im anderen Landesteil und sogar über unsere Grenzen hinaus. Das alles braucht beim wachsenden Umfang der Tätigkeitsgebiete immer neue Mittel, und die ergiebigste Quelle ist der Karten- und Markenverkauf. Auch hier haben wir ein Stück produktiver, moralischer und materieller Aufrüstung vor uns.

Möge das von allen Gutgesinnten verstanden und darnach gehandelt werden!

Zentralverwaltung

Haushaltungsbuch CO-OP 1939.

Wir bringen den Verbandsvereinen zur Kenntnis, dass nunmehr auch die **deutschen** Haushaltungsbücher CO-OP pro 1939 **vergriffen** sind, so dass wir nicht mehr in der Lage sind, eintreffende Bestellungen zur Ausführung zu bringen.

Verwaltungskommission

1. Wir haben im «Bulletin» No. 272 vom 21. November (s. «S. K.-V.» No. 48 vom 26. November 1938) den Verbandsvereinen Kenntnis gegeben von der Eingabe des Aufsichtsrates vom 21. November 1938 an die Mitglieder der nationalrätlichen Kommission für die Arbeitsbeschaffungsvorlage betreffend Ausgleichsteuer/Selbsthilfegenossenschaften.

Die nationalrätliche Kommission hat dieser Eingabe jedoch nicht Rechnung getragen, sondern beschlossen, an der Ausgleichsteuer festzuhalten und sogar die Selbsthilfegenossenschaften dieser Steuer zu unterstellen, obwohl der ursprüngliche Vorschlag des Bundesrates auf Freilassung der Konsumgenossenschaften hinauslief.

Im Hinblick darauf, dass die Arbeitsbeschaffungsvorlage in der gegenwärtigen Dezember-Session im Nationalrat zur Behandlung kommt, hat die Verwaltungskommission beschlossen, die vorerwähnte Eingabe des Aufsichtsrates sämtlichen Mitgliedern des Nationalrates wie auch dem Bundesrat und dem Volkswirtschaftsdepartement zuzustellen. In dieser Eingabe wird erklärt, dass die Verbandsbehörden rückhaltlos für die Verstärkung der Landesverteidigung und für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eintreten, dass sich aber der V. S. K. nicht einverstanden erklären könne mit der vorgesehenen Lösung der Deckungsfrage für die Durchführung der für die Arbeitsbeschaffungsvorlage erforderlichen Kredite.

Für die Beschaffung der benötigten Geldmittel wurden vom Verband zwei andere Einnahmequellen in Vorschlag gebracht, einmal die teilweise Heranziehung des durch die Abwertung entstandenen Ausgleichsfonds bei der Schweizerischen Nationalbank und sodann die Erhebung einer einmaligen Steuer von 1—1½% vom Vermögen.

Auf diese Weise könnten die für die Arbeitsbeschaffungsvorlage nötigen Kredite voll abgetragen werden, ohne dass, was durch die Vorlage der Bundesbehörden zu befürchten wäre, eine Verteuerung zahlreicher Lebensmittel und Bedarfsgegenstände eintritt.

2. Im fernern liess die Verwaltungskommission am 6. Dezember 1938 an den Ständerat wie auch an den Bundesrat und das Volkswirtschaftsdepartement eine Eingabe zugehen, in der den Behörden die Beschlüsse der Delegiertenversammlung vom 26. Juni 1938 in Lausanne in bezug auf die Stellungnahme des V. S. K. zu der Revision der Bundesverfassung (Wirtschaftsartikel) zur Kenntnis gebracht wurden. Im weitern wurde den erwähnten Behörden alles einschlägige Material zugesandt mit dem Ersuchen, sich bei der Beratung der Revision der Wirtschaftsartikel den berechtigten Begehren der Selbsthilfegenossenschaften nicht zu verschliessen und eine Lösung zu suchen, die von unserer für später in Aussicht genommenen Delegiertenversammlung als zufriedenstellend erachtet werden kann.

3. Dem Genossenschaftlichen Seminar (Stiftung von Bernhard Jaeggi) sind von der Konsumgenossenschaft Solothurn Fr. 300.— überwiesen worden. Diese Vergabung wird anmit bestens verdankt.

Arbeitsmarkt

Nachfrage.

Mittlere Konsumgenossenschaft im Kanton Bern sucht auf das Frühjahr 1939 für den Hauptladen mit einem Umsatz von Fr. 230,000.— tüchtige, branchenkundige **erste Verkäuferin.** Bewerberinnen mit bisheriger genossenschaftlicher Tätigkeit, deutsch und französisch sprechend, erhalten den Vorzug. Nur gut ausgewiesene Personen, die selbständig vorstehen können, belieben sich mit Beilage von Zeugniskopien und Photo zu melden unter Chiffre S. L. 145 beim V. S. K., Basel 2.

In Konsumverein im Kanton Zürich **tüchtiges Verkäuferpaar,** nicht unter 30 Jahren, gesucht für Lebensmittel-, Mercerie-, Tuch- und Schuhwarenbranche. Bewerber müssen sich über eine mehrjährige Tätigkeit auf diesem Gebiet ausweisen können. Letztjähriger Umsatz Fr. 103,000.—. Kaution wird verlangt. Antritt auf Ende April 1939. Anmeldefrist bis 15. Januar 1939. Offerten sind zu richten unter Chiffre R. K. 146 an den V. S. K., Basel 2.